

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

13. - 19. Juni 2026

Emmanuel Macron hat sich positiv über den G7-Gipfel diese Woche in Frankreich geäußert. Das Treffen der sieben führenden Industrienationen vom 15. bis 17. Juni 2026 in Évian bezeichnete der französische Präsident als „Moment der Einheit“. Nach mehreren Monaten internationaler Spannungen sprach er von konstruktiven Diskussionen und einer wieder stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen. Ein zentrales Thema war die gemeinsame Haltung gegenüber Russland. Macron erklärte, die G7-Staaten – einschließlich der USA – seien sich einig, dass derzeit kein ernsthaftes Verhandlungsinteresse Russlands erkennbar sei. Daher sei eine verstärkte Koordination der G7 wichtig, um den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Russland aufrechtzuerhalten. Ein weiterer Schwerpunkt des Gipfels war der Konflikt im Nahen Osten. Macron begrüßte den Waffenstillstand sowie die Absicht, eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran zu finden. Einen Tag nach dem Gipfel erklärte er jedoch in einer Fernsehsendung: „Ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass er [der Krieg im Iran] vollständig beendet ist.“

Nach dem G7-Gipfel in Évian wurde US-Präsident Donald Trump in Versailles von Staatspräsident Emmanuel Macron empfangen. Auf dem Programm standen eine Besichtigung des Spiegelsaals, ein Konzert in der Schlosskapelle und ein festliches Abendessen. Trump zeigte sich zufrieden mit dem Gipfelverlauf und lobte die Unterstützung für das von ihm ausgehandelte Abkommen zur Beendigung des Krieges im Iran. Auch Präsident Emmanuel Macron äußerte sich positiv über die Zusammenarbeit mit seinem amerikanischen Amtskollegen und hob dessen Engagement in der Ukraine-Frage hervor. Die Visite unterstrich zugleich die demonstrative Nähe zwischen Macron und Trump, obwohl zwischen beiden Ländern weiterhin Differenzen bestehen, etwa im Handelsbereich, wo Trump zuletzt erneut mit Zöllen auf französische Weine und Champagner gedroht hatte. Als diplomatischer Coup Macrons gilt es, dass Trump das zwischen den USA und dem Iran vereinbarte Rahmenabkommen zur Beendigung des Krieges in Versailles unterzeichnete.

Auf der Start-up-Messe VivaTech in Paris steht Deutschland in diesem Jahr als Gastland besonders im Fokus und wird für seine Innovationskraft und seinen Unternehmergeist gelobt. Vor dem Hintergrund neuer US-Beschränkungen beim Zugang zu den neuesten KI-Modellen des Unternehmens Anthropic fordern Frankreich und Deutschland zugleich eine gemeinsame europäische KI-Strategie. Die Entscheidung aus den USA habe deutlich gemacht, wie stark Europa noch von außereuropäischen Technologien abhängig sei. Der französische Wirtschaftsminister Roland Lescure und der deutsche Digitalminister Karsten Wildberger warben deshalb für den raschen Aufbau einer europäischen technologischen Souveränität. Dabei gehe es nicht um Protektionismus, sondern darum, Europas Handlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Deutschland plant in diesem Zusammenhang, seine KI-Rechenkapazitäten bis 2030 zu vervierfachen und den Aufbau einer eigenen Cloud-Infrastruktur voranzutreiben. Beide Minister betonten zudem die Schlüsselrolle von Start-ups sowie die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die technologische Zukunft Europas.

Jordan Bardella, Vorsitzender des Rassemblement National (RN) und möglicher Präsidentschaftskandidat für das Jahr 2027, reiste am 18. Juni 2026 nach Warschau. Die Reise ist Teil einer mehrtägigen Europatournee, die ihn zuvor nach Portugal, Italien und Belgien geführt hatte. Sie dient der politischen Vernetzung seiner Partei im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahl. In Warschau traf Bardella Vertreter nationalkonservativer und nationalistischer Parteien. Außerdem nahm er an einer Zeremonie am Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos teil und legte dort einen Kranz nieder. Dabei äußerte er sich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Er traf auch den polnischen Präsidenten Karol Nawrocki. Aus dem Umfeld des polnischen Präsidenten wurde das Treffen jedoch nicht offiziell bestätigt und es wurden keine Fotos veröffentlicht. Die Reise steht im Kontext der Bemühungen des RN, Kontakte zu Parteien ähnlicher politischer Ausrichtung in Europa auszubauen und Kooperationen innerhalb des Europäischen Parlaments zu vertiefen.

Gabriel Attal, Kandidat der Partei Renaissance für die französische Präsidentschaftswahl 2027, stellt Künstliche Intelligenz (KI) in den Mittelpunkt seines wirtschafts- und innovationspolitischen Programms. In einem Interview schlug er einen „Plan

Frankreich 2040 für KI und Innovation“ im Umfang von rund 200 Milliarden Euro vor, der je zur Hälfte aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert werden soll. Das Ziel besteht darin, Frankreich innerhalb von zehn Jahren zur führenden KI-Macht Europas zu machen. Attal fordert zudem auf europäischer Ebene eine gemeinsame KI-Strategie, vergleichbar mit der Gemeinsamen Agrarpolitik, inklusive gemeinsamer Finanzierung und möglicher gemeinsamer Verschuldung. Ein zentrales Ziel seines Programms ist die Ausbildung von 20 Millionen Beschäftigten im Umgang mit KI bis 2030, wobei es nicht nur um Spezialisten, sondern um alle Arbeitnehmer geht. Grundkompetenzen würden sich künftig auch auf digitale Fähigkeiten wie den Umgang mit KI-Systemen erstrecken. Zur Finanzierung des Plans setzt Attal auf öffentliche Mittel, europäische Programme, staatliche Investitionen sowie Einsparungen im Haushalt. Zusätzlich schlägt er eine stärkere Mobilisierung privater Ersparnisse vor, etwa durch Kapitaldeckungssysteme und Altersvorsorgeprodukte, die in Innovationsprojekte gelenkt werden sollen.

Während Frankreich bereits die zweite Hitzewelle des Jahres erlebt, hat die Regierung eine Zwischenbilanz ihres nationalen Klimaanpassungsplans (PNACC) gezogen, der das Land auf eine Erwärmung von bis zu vier Grad Celsius bis zum Jahr 2100 vorbereiten soll. Umweltministerin Monique Barbut räumte ein, dass die bisherigen Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel nicht ausreichen und die finanziellen Mittel deutlich erhöht werden müssten. Parallel dazu stellte Wohnungsbauminister Vincent Jeanbrun einen neuen „Endurance-Plan“ vor, um Wohnungen besser gegen extreme Hitze zu schützen. Hintergrund ist, dass mehr als jede dritte Wohnung in Frankreich als regelrechte Energieschleuder gilt und sich bei Hitzewellen stark aufheizt. Geplant sind unter anderem erleichterte Beschlüsse für energetische Sanierungen in Wohnungseigentümergeinschaften, günstigere Kredite für Sonnenschutzmaßnahmen sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf reversible Wärmepumpen. Zudem sollen Stadtbegrünung, Geothermie und Fernkältenetze ausgebaut werden. Kritiker halten die Maßnahmen jedoch für unzureichend und bemängeln vor allem die Finanzierung.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die französische Nationalversammlung hat die Beratungen über eine **Verfassungsreform zur Einführung eines Autonomiestatus für Korsika** abgeschlossen. Der Gesetzentwurf würde der Insel künftig ermöglichen, bestimmte französische Gesetze und Verordnungen an ihre besonderen Bedürfnisse anzupassen und in einigen Bereichen eigene Regelungskompetenzen zu erhalten. Nach intensiven Debatten einigten sich die Abgeordneten auf einen Kompromiss beim Schutz sozialer und ökologischer Standards: Ein späteres Ausführungsgesetz kann, muss aber nicht, festlegen, dass Korsika nationale Standards nicht unterschreiten darf. Staatliche Kernaufgaben wie Sicherheit, Verteidigung und Justiz bleiben ausdrücklich von den neuen Befugnissen ausgeschlossen. Zudem soll die korsische Bevölkerung in einem Referendum über den künftigen Autonomiestatus abstimmen. Befürworter sehen darin einen wichtigen Schritt zur Anerkennung der besonderen kulturellen und historischen Identität Korsikas, während Kritiker vor möglichen Risiken für die nationale Einheit und soziale Standards warnen. Vor einem Inkrafttreten muss die Reform noch den Senat passieren und anschließend von einer Dreifünftelmehrheit des französischen Parlaments bestätigt werden. Der weitere Verlauf bleibt daher ungewiss.

DIE ZAHL DER WOCHE

43.200 €

3		4	7
0	8	6	5
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

Der 104-jährige Albert Corrieri aus Marseille hat den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) angerufen, nachdem französische Gerichte seine Entschädigungsforderung wegen Verjährung abgewiesen hatten. Der ehemalige Zwangsarbeiter fordert **43.200 Euro** für die Arbeit, die er zwischen 1943 und 1945 im Rahmen des *Service du travail obligatoire* (STO) in Deutschland leisten musste. Corrieri wurde 1943 im Alter von 21 Jahren nach Deutschland gebracht und arbeitete dort zwei Jahre lang für die deutsche Kriegswirtschaft, ohne Lohn zu erhalten. Er betont, dass es ihm heute weniger um das Geld als um die Anerkennung seines Leids und des Schicksals der rund 650.000 Franzosen geht, die zum STO verpflichtet wurden. Sein Anwalt beruft sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die Zwangsarbeit und Sklaverei verbietet. Die französische Justiz verweist hingegen auf ein Gesetz von 1951, das den Status der STO-Opfer regelt und mögliche Ansprüche als verjährt betrachtet. Mit seiner Beschwerde in Straßburg hofft Corrieri nun auf eine späte Anerkennung des erlittenen Unrechts und eine Neubewertung seines Falls.